

Eine Zukunft im Heimatort haben

Gemeinderat befasste sich mit dem Bebauungsplan Hof-Süd

Mamming. (ez) Zu Beginn der Gemeinderatssitzung gratulierte Bürgermeister Georg Eberl dem künftigen Landrat Werner Bumber. Es ist etwas Historisches, dass Mamming nun den Landrat stellen darf.

Folgenden Baugesuchen wurde das gemeindliche Einvernehmen erteilt: Antrag auf Vorbescheid zur Errichtung eines Mehrparteienhauses (vier Wohneinheiten) zur Vermietung in Mamming, Schulgasse; Neubau eines Wohnhauses mit Garage in Mamming, Am Anger 3; Nutzungsänderung eines Schweinestalles in eine Landarbeiterunterkunft in Mamming, Hauptstraße 50, der Antrag lag bereits vor und wurde nachgebessert, es entstehen insgesamt 27 Zimmer mit gesonderten Sanitäranlagen und der Errichtung diverser Brandabschnitte und Fluchttreppen; Antrag auf Vorbescheid zum Bau eines Hackschnitzzellagers und Heizung in Mamming, Hof 8a; Abbruch einer bestehenden Scheune und Errichtung einer landwirtschaftlich genutzten Mehrzweckhalle in Mammingerschwaijen, Deggendorfer Straße 15; Ersatzbau eines Einfamilienwohnhauses und einer Pkw-Garage in Mamming, Landshuter Straße 4; Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage in Mamming, Am Heilmerberg 19; Neubau eines Wohnhauses mit Garage in Bubach, Florianistraße 8; Errichtung einer Terrassenüberdachung mit Solaranlage am Wohnhaus in Mamming, Bahnhofstr. 41.

Der Antrag zum Anbau an eine bestehende Werkstatt- und Garagenhalle in Mamming, Am Wasserfall 1, wurde zurückgestellt, es sollen die Möglichkeiten zur Erweiterung in die Hofstelle hinein erfragt werden beziehungsweise die Pumpstation solle jederzeit zugänglich sein.

Bebauungsplan Hof-Süd: Mehreren jungen Menschen solle ermöglicht werden, dass sie in ihrem Heimatort auch weiterhin eine Zukunft und Bleibe haben. Die relativ großflächige Ausweisung von Baugrund solle laut Rückmeldung der Regierung kleinflächiger ausfallen. Auf-



Die Gemeinderatssitzung mit Sicherheitsabstand.

grund der durchlaufenden Stromleitung ist aber eine Bebauung nicht auf der kleineren Fläche in diesem Umfang möglich, weshalb der Vorschlag nochmals überarbeitet werden soll. Man will als Gemeinde die Möglichkeiten so schaffen, dass weiterhin die vier Wohnhäuser entstehen können.

Bebauungsplan Rosenau

Bebauungsplan Rosenau: Von Seiten der Bevölkerung bestand Interesse zur weiteren Entwicklung im Ort. Aufgrund der vielen, nicht abwägbaren Einwände wird das Verfahren zur Aufstellung einer Entwicklungs- und Einbeziehungsatzung „Rosenau II“ auf Anraten des Landratsamtes eingestellt. Die weiteren Planungen werden vom zukünftigen Gemeinderat vorgenommen, sie wird wohl schrittweise ausfallen. Information zum Gewerbegebiet Rosenau: Angedacht war die Weiterentwicklung für einheimische Betriebe. Die Bevölkerung äußerte ihre Bedenken über das Vorhaben. Dieses Vorhaben wird so nicht mehr weiter verfolgt. Der nächste Gemeinderat wird sich

dann bemühen, für einheimische Betriebe andere Möglichkeiten zu schaffen.

Markus Allmannshofer gab im Namen des Rechnungsprüfungsausschusses (Johann Schmid und Paul Altenbuchner) das Prüfungsergebnis bekannt. Dabei ging er besonders auf die Überschreitungen ein und deren Hintergründe. Bei der Feuerwehr gab es Überschreitungen in 2018 im Bereich der Ausstattung, der Bewirtschaftung und auch beim Neubau des Gerätehauses. Diese Dinge hängen unmittelbar zusammen, ein erhöhter Bedarf an Ausrüstungsmaterialien war gegeben. Beim Feuerwehrhaus lagen bis zum Jahresende 2018 150 Rechnungen in Höhe von rund einer Million Euro vor, davon betrug 25 Prozent die Planungskosten, auf die Inneneinrichtung entfielen 18 Rechnungen in Höhe von 75 000 Euro.

Im Bereich Gebäude- und Grundstücksunterhalt waren 1 000 Euro eingeplant, benötigt habe man 5 800 Euro; die Sanierung des Kriegerdenkmals schlug zu Buche, aber auch Verunstaltungen der Kapelle, die bereinigt wurden, sind hierin enthalten.

Für die Ortsverschönerung waren 3 000 gedacht, auf 14 000 Euro beliefen sich am Ende die Ausgabe. Zusammen mit dem Landratsamt habe Blühflächen geschaffen. Angeraten wurde hier, dass solche Maßnahmen künftig über den Bauhof günstiger umgesetzt werden könnten. Beim Personalkostenzuschuss für den Kindergarten betrug die Überschreitung 60 000 Euro, hier war bereits ein Abschlag für 2019 enthalten.

Mehr Gewerbesteuer

Bei der Jugendförderung habe man mit 7 500 mehr als geplant unterstützt, auf der Sportanlage war die Beregnungsanlage defekt, hier half die Gemeinde. Auch beim angefallenen Frostschaden im Sportheim sprang man helfend ein, was ebenfalls Mehrkosten verursachte. Auch dem Obst- und Gartenbauverein griff man unter die Arme, die Renovierung des Kühlhauses zum „Saftpressraum“ habe 8 000 Euro mehr als geplant gekostet, eine sinnvolle Investition für die Zukunft. Zu einer positiven Überschreitung kam es im Bereich der Gewerbesteuerumlage. Statt 1,2 Millionen Euro habe man 1,7 Millionen an Gewerbesteuer verbuchen dürfen, dementsprechend ist auch die Umlage der Weitergabe gestiegen, von 250 000 auf 350 000 Euro.

Planungen laufen weiter